

Monatsbericht

Sonderausgabe zum AfD-Europawahlprogramm

Inhalt

I. Vorbemerkung.....	2
II. Positionen der AfD.....	2
„Entkernung“ der EU	2
Enteuropäisierung & Renationalisierung	4
EU-Parlament & EU-Wahl	5
Euro	5
Migration	6
Remigration.....	7
Islam.....	7
Familienbild.....	8
Gender	8
Neoliberalismus	9
Soziale EU	10
Klima- und Umweltschutz	10
Atomenergie, Atompolitik.....	11
Automobil, Verbrennungsmotor	11
Kultur.....	12
Dexit als „letzte Option“	13

Impressum

Herausgeber:
DGB-Bundesvorstand
Vorstandsbereich 04
verantwortlich:
Annelie Buntenbach

Redaktion:
Marc Neumann
Rainer Roeser
Volker Roßocha

Stand: 4.4.2019

Der „**Monatsbericht**“ ist eine interne Information für den Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand, die DGB-Bezirke und -Regionen, die Mitgliedsgewerkschaften und gewerkschaftliche Expert_innen.

Die nächste reguläre Ausgabe des Monatsberichts erscheint Ende April/Anfang Mai 2019. Einsendungen von Texten und Hinweisen bitte bis zum Redaktionsschluss am 15. April 2019.

Wahl zum Europäischen Parlament 2019
Analyse des Europawahlprogramms der AfD

I. Vorbemerkung

Mit dieser Sonderausgabe des Monatsberichts legt der DGB-Bundesvorstand eine wertende Zusammenfassung zentraler Punkte des Wahlprogramms der AfD zur Wahl des Europäischen Parlaments vor. Anhand der Positionierung auf wesentlichen Politikfeldern wird deutlich, dass die AfD – ungeachtet aller parteiinterner Widersprüche – weiter stramm auf Rechtsaußenkurs ist und andere rechtspopulistische Parteien und Bewegungen in Europa zum Teil noch überholt. Lediglich in der Frage des „Dexit“, eines Austritts der Bundesrepublik aus der Europäischen Union, gab es bei der Beschlussfassung des Programms eine kleine Korrektur hin zum Moderaten.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament in diesem Jahr sind eine wichtige Weichenstellung für die gemeinsame europäische Zukunft. Wir möchten euch daher diesen Text als Arbeitsmaterial zur Verfügung stellen, damit ihr nicht das gesamte Programm durcharbeiten müsst, gleichwohl aber in der Auseinandersetzung für ein demokratisches und solidarisches Europa gestärkt seid.

II. Positionen der AfD

„Entkernung“ der EU

Die AfD skizziert in ihrem Programm¹ zur Europawahl ihr Leitbild eines „Europas der Vaterländer“.² Die EU soll nach ihrem Willen reduziert werden auf eine „Wirtschafts- und Interessengemeinschaft souveräner Staaten“.³ Um dieses Ziel zu erreichen, soll die Europäische Union eine Vielzahl von Zuständigkeiten verlieren bzw. gar nicht erst bekommen. Die AfD fordert:

- den Verzicht auf eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik,
- die Abschaffung von EU-Wahlen und EU-Parlament,
- die Rückkehr zu nationalen Währungen,

1 Soweit in den Fußnoten dieses Textes lediglich Seitenangaben vermerkt sind, beziehen sie sich sämtlich auf:
EUROPAWAHLPROGRAMM - Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 9. Europäischen Parlament 2019,
https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2019/02/AfD_Europawahlprogramm_A5-hoch_RZ.pdf, abgerufen am 29.
März 2019

2 S. 7

3 S. 11

- den Verzicht auf eine Klimaschutzpolitik und
- ein Ende der Kohäsionsfonds.

Sie verlangt ferner die (Rück-)Verlagerung politischer Kompetenzen von der EU auf die nationale Ebene in den Bereichen:

- Entwicklungspolitik,
- Umweltschutz,
- Landwirtschaft und ländliche Räume,
- Verbraucherschutz,
- Bildungspolitik sowie
- Asyl- und Zuwanderungspolitik.

Verlangt werden zudem

- eine „gesetzgeberische Klarstellung“, dass die Gesundheitspolitik ausschließlich der nationalen Gesetzgebung unterliegt und
- Änderungen des Schengener Abkommens.

Abgelehnt werden zum Beispiel:

- eine europäische Sozialunion,
- Bemühungen, auf europäischer Ebene Steuerhinterziehung und Steuerbetrug zu bekämpfen,
- Bemühungen um eine Harmonisierung von Unternehmenssteuern sowie
- die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer.

Im Programm heißt es: „Die AfD steht fest zu der Idee eines **Europas der Vaterländer**, einer europäischen Gemeinschaft souveräner Staaten, die zum Wohle ihrer Bürger in all jenen Angelegenheiten zusammenwirken, die gemeinsam besser erledigt werden können. Dazu gehört insbesondere ein **möglichst unbehinderter Binnenmarkt** mit fairem Wettbewerb.“⁴

Konstatiert wird: „Eine Gruppe benachbarter Staaten kann sehr gut auf völkerrechtlicher Basis konstruktiv und friedlich kooperieren. Der Versuch jedoch, aus derzeit 28 oder noch mehr Staaten mit jeweils eigenen Sprachen, Kulturen und historischen Erfahrungen einen wie auch immer ausgestalteten Gesamtstaat zu bilden, muss scheitern. Ein solches

4 S. 7

Gebilde verfügt weder über ein Staatsvolk, noch über das erforderliche Mindestmaß an **kultureller Identität**, welche notwendige Voraussetzungen für gelingende Staaten sind.“⁵

Der Versuch, „funktionierende demokratische Nationalstaaten“ aufzulösen und durch „eine Art europäischen Superstaat zu ersetzen“, könne nicht gelingen. „Es ist eine Illusion, dass die nationalen Identitäten nach und nach durch eine europäische abgelöst werden könnten. (...) Kulturen, Sprachen und nationale Identitäten sind durch Jahrhunderte dauernde, geschichtliche Entwicklungen entstanden. Nur in nationalen Staaten mit demokratischer Verfassung können Volkssouveränität und Grundrechte der Bürger als Herzstück der Demokratie gelebt und bewahrt werden.“⁶

Die europäische Gemeinschaft habe sich zu einem „undemokratischen Konstrukt entwickelt, das von den politischen Akteuren Europas besetzt ist und von intransparenten, nicht kontrollierten Bürokratien gestaltet wird“, kritisiert die AfD. Sie lehne es ab, „die EU zu einem Staat mit Gesetzgebungskompetenz und einer eigenen Regierung umzuwandeln“, schreiben die Autoren des Programms unter der Überschrift „Ein Europa der Nationen“.

Zentral ist dabei die Forderung, die EU dürfe niemals **eigene Steuern** erheben. Stattdessen solle sie sich „wie ein Club allein aus Beiträgen entsprechend der Wirtschaftskraft ihrer Mitgliedsstaaten finanzieren“.⁷ Die AfD fordert „**umfangreiche Ausgabenkürzungen** statt ein überflüssiges EU-Finanzministerium“.

Enteuropäisierung & Renationalisierung

Ihr Konzept einer Enteuropäisierung politischer Entscheidungen behandelt die AfD in drei Themenfeldern detaillierter: beim Verzicht auf eine „EU-Armee“, bei der Rückkehr zu nationalen Grenzkontrollen und bei einer renationalisierten Außenpolitik.

1. Die Ablehnung der „**EU-Armee**“ begründet die AfD zum einen damit, dass Europa durch die **NATO** verteidigt werde.⁸ Zudem lehnt die AfD „die Schaffung einer europäischen Armee strikt ab, da diese über keine demokratische Legitimation verfügt und eine weitere Souveränitätsabgabe der europäischen Staaten bedeuten würde“. Auf nationaler Ebene verlangt die Partei unter der Überschrift „Wiederherstellung der Einsatzfähigkeit der Bundeswehr“: „Die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands muss unverzüglich wiederhergestellt werden.“ Der deutsche Wehretat müsse „zügig“ an das **Zwei-Prozent-Ziel der NATO** angepasst werden. Erforderlich sei darüber hinaus „der Aufbau der Bundeswehr auf eine für die Landes- und Bündnisverteidigung notwendige Größe (...), die auch eine uneingeschränkte Wahrnehmung ihrer nationalen Aufgaben im Rahmen der Katastrophenhilfe, der Terrorabwehr und der Cyberabwehr garantiert“. Nur wenn die Aussetzung der Wehrpflicht aufgehoben werde, werde „die Sicherung der personellen Grundlagen und adäquater Strukturen der Bundeswehr möglich sein“.
2. Unter der Überschrift „**Grenzschutz** ist Bürgerschutz“ verlangt die AfD, zum Schutz der Bürger müssten neben EU-Außengrenzkontrollen auch wieder nationale **Grenzkontrollen** dauerhaft eingeführt werden. „Deutschland soll die EU künftig nicht mehr um Erlaubnis fragen müssen, wo, wann, auf welche Art und wie lange es Grenzkontrollen durchführt.“⁹ Wegen der fehlenden Sicherung der Außengrenzen finde immer noch

5 S. 7

6 S. 11

7 S. 23

8 S. 19

9 S. 40

ein „unkontrollierter Zustrom von illegal einreisenden Ausländern“ statt. Das durch das Schengen-Abkommen geschaffene „grenzenlose Europa“ stelle zunehmend eine Bedrohung für die innere Sicherheit der einzelnen Nationalstaaten dar, schaffe erhebliche Risiken im Bereich des Terrorismus und sei zu „reformieren“, „damit die Nationalstaaten wieder durch entsprechenden Grenzschutz die eigene innere Sicherheit gewährleisten können“.¹⁰

3. Weil die AfD „zentralistische Bestrebungen der EU“ ablehnt, fordert sie eine **renationalisierte Außenpolitik**: „Ziel deutscher Außenpolitik ist der Erhalt eines souveränen Deutschlands, das Freiheit, Recht und Sicherheit seiner Bürger garantiert.“¹¹

Kernkompetenzen und Entscheidungsbefugnisse der Außenpolitik müssten in der Verantwortung der Mitgliedstaaten verbleiben, betont die Partei. „Die AfD setzt sich für eine an deutschen Interessen ausgerichtete Außenpolitik ein.“ Richtschnur dabei seien „die realpolitischen Erfordernisse, nicht wirklichkeitsfremde Ideologien“. Deutschland müsse „eine Führungsrolle innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft verantwortungsbewusst annehmen“.

Ein „wichtiger Partner in Europa“ bleibe Frankreich, konstatiert die AfD. Allerdings seien „deutsche Interessen (...) bei der Zusammenarbeit künftig (...) viel stärker zu berücksichtigen“. Lobende Worte findet die Partei insbesondere für die „Bemühungen der Visegrád-Staaten zur Erhaltung der europäischen Identität“. Ungarn lebe beispielhaft vor, dass für die Sicherung der Außengrenzen in erster Linie die betroffenen Staaten der EU national selbst zuständig seien.¹²

EU-Parlament & EU-Wahl

Abschaffen will die AfD das von den Bürgern gewählte Parlament der Europäischen Union. Die AfD nennt es „undemokratisch“; seine Abgeordneten bezeichnet die AfD als „derzeit privilegiert“. „Die Rechtsetzungskompetenz sehen wir ausschließlich bei den Nationalstaaten“, betont die Partei in ihrem Wahlprogramm.¹³

Ob das Europaparlament durch ein anderes Gremium ersetzt werden sollte, war eine der wenigen strittigen Fragen in der AfD. Im Entwurf für das Programm plädierten dessen Autoren für die Installation einer „**Europäischen Versammlung**“. Sie sollte aus „maximal 100 aus den Nationalstaaten entsandten Delegierten“ bestehen, „die von den nationalen Parlamenten proportional zu den Fraktionsstärken gewählt werden“.¹⁴ Doch auch diesen Parlamentsersatz lehnten die Delegierten des AfD-Parteitags Mitte Januar in Riesa ab.

Beendet sehen will die AfD zudem „die Eingriffe des Europäischen Gerichtshofes in die Souveränität der Nationalstaaten“.¹⁵

Euro

10 S. 49

11 S. 17

12 S. 39

13 S. 12

14 <https://www.bnr.de/artikel/hintergrund/afd-europa-als-feindbild>

15 S. 13

Mit der Ablehnung des Euro greift die AfD ein Gründungsmotiv der Partei auf: „Die wirtschaftsgeschichtlich ungewöhnliche Idee einer Einheitswährung für wirtschaftlich völlig unterschiedlich entwickelte Staaten ist gescheitert.“¹⁶ Die weitere Mitgliedschaft in der Eurozone in der jetzigen Form, die die AfD als „**Transferunion**“ bezeichnet, sei dem deutschen Steuerzahler nicht zumutbar.¹⁷ Wieder eingeführt werden müsse „eine **nationale Währung**, gegebenenfalls unter paralleler Beibehaltung des Euro“. Von solchen nationalen Währungen verspricht sich die AfD „Wohlstand und sozialen Frieden“.¹⁸ In ihnen spiegeln sich „die Leistungen ihrer jeweiligen Volkswirtschaften wider“. Deutschland müsse auch in einem plötzlichen währungspolitischen Krisenfall handlungsfähig sein. Daher erklärt die Partei: „Wir wollen (...) für die Wiedereinführung einer neuen nationalen Währung („Deutsche Mark“) rechtzeitig auch gesetzliche Vorkehrungen treffen.“¹⁹

Migration

Migration gehört – neben Islam oder Gleichstellung – zu den Themen, die von der AfD im Zuge ihrer zunehmenden Radikalisierung ab etwa 2015 in den Vordergrund gerückt wurden. Zuwanderung erscheint der AfD als Quelle (fast) allen Übels. Den „politischen Eliten und Institutionen der EU“ wirft die AfD vor, eine **Asyl- und Immigrationspolitik** zu betreiben, „welche die europäische Zivilisation in existenzielle Gefahr bringt“.²⁰ Eine „weitere Öffnung Europas für Zuwanderung aus anderen Kontinenten“ werde in relativ kurzer Frist „unweigerlich zu einer Marginalisierung der einheimischen Bevölkerungen“ führen. „Die Politik der Grenzöffnung wird einen Kulturabbruch historischen Ausmaßes zur Folge haben“, warnt die AfD. „Vor dem Hintergrund des aggressiv vordringenden Islam riskiert sie die Destabilisierung unserer freiheitlichen Demokratie“, klagt die AfD, die zudem „astronomische finanzielle Belastungen“ auf die Bürger zukommen sieht.

Die Partei fordert, die „nationale Souveränität in der Asyl- und Zuwanderungspolitik“ wiederherzustellen.²¹ „Ausschließlich die nationalen Parlamente haben das Recht und die demokratische Legitimation, über Umfang und Zusammensetzung der Zuwanderung zu bestimmen.“ Verbindliche Aufnahmequoten für Flüchtlinge dürften in der EU nicht eingeführt werden, „denn auch sie bedeuten einen schweren Eingriff in die nationale Souveränität“. Internationale Vorschriften und Verpflichtungen zur Aufnahme Migrationswilliger lehne die AfD ab. „Eine Aufnahme einer begrenzten Zahl von Menschen aus humanitären Gründen in Deutschland kann künftig allein auf freiwilliger Basis erfolgen, wobei über Anzahl und Auswahlkriterien der Deutsche Bundestag entscheiden sollte.“

16 S. 7

17 S. 29

18 S. 30

19 S. 34

20 S. 37

21 S. 38

Die EU solle sich „künftig im Wesentlichen auf operative Hilfestellung für die Mitgliedstaaten bei **Abschiebungen** sowie bei Verhandlungen über **Rückführungsabkommen** mit den Herkunftsstaaten (...) beschränken“.²² Die „Einschleusung von Drittstaatern in die EU durch Nichtregierungsorganisationen“ will die AfD als schwere Straftat unterbunden und bestraft sehen.²³

Remigration

Aus dieser Problembeschreibung leitet die AfD die Forderung ab, eine Politik der „Remigration“ zu betreiben.

„In Deutschland und Europa müssen Remigrations-Programme größtmöglichen Umfangs aufgelegt werden“ fordert die AfD. Nicht „Resettlement“, also Umsiedlungsprogramme nach Europa, seien das Gebot der Stunde, sondern dessen Gegenteil. Es dürfe „keine Zweifel an der Durchsetzung der Rückkehr all jener geben, die hier ihr Asylrecht auf Zeit genießen, wenn sie nicht freiwillig an der Entwicklung ihrer Länder mithelfen wollen“. „Sobald die Rückkehr in einen Herkunftsstaat möglich ist, muss diese unverzüglich, ausnahmslos und unbürokratisch durchzusetzen sein.“²⁴ An anderer Stelle des Programms werden nach Deutschland geflohene **Syrer** als Beispiel einer Gruppe genannt, die das Land nun wieder zu verlassen hätten: „Deutschland hat während des Krieges über eine halbe Million syrischer Kriegsflüchtlinge aufgenommen, die jetzt unverzüglich **zurückgeführt** werden müssen.“²⁵

Grundsätzlich verlangt die AfD, „Anreize im deutschen Asylverfahren – beispielsweise überlange Verfahren, Arbeitsmarktzugang vor Anerkennung, überhöhte Sozialleistungen, unterlassene Abschiebungen –, die Asylbewerber innerhalb der EU primär nach Deutschland locken“, abzuschaffen.²⁶ Die „Sogwirkung der deutschen Willkommenskultur“ müsse beendet werden. Auch anerkannte Asylbewerber dürften nicht automatisch in einen Daueraufenthalt hineinwachsen.

Islam

Insbesondere seit der sich 2015 beschleunigenden Radikalisierung der AfD hat die Partei den Islam zu einem besonderen Feindbild gemacht. Das gilt auch für das Europaprogramm.

Unter der Überschrift „Islam – Gefahr für Europa“ zeigt sich die AfD überzeugt, „dass nur ein entschlossenes gemeinsames Handeln aller europäischen Staaten die drohende **Islamisierung** Europas verhindern kann. Denn noch nie in der Geschichte Europas war diese Gefahr so groß wie heute, auch wenn dies viele nicht erkennen wollen“.²⁷

Der „imperialistische Islam“, der seit dem frühen Mittelalter Teile Europas jahrhundertlang beherrscht habe, expandiere seit über 50 Jahren in europäischen Staaten durch die **Einwanderung von Muslimen und ihre höhere**

22 S. 39

23 S. 40

24 S. 39

25 S. 19

26 S. 39

27 S. 52

Geburtenrate, warnt die AfD. Nur eine Minderheit der Muslime sei säkular eingestellt und gesellschaftlich voll integriert. Die Integration der meisten Muslime in Europa scheitere derzeit und werde umso mehr fehlschlagen, je stärker ihre Zahl wachse. „Das Konzept des Multikulturalismus hat sich als Illusion erwiesen.“²⁸ Mit der „Gefährdung des Friedens, unserer Rechts- und Werteordnung sowie unserer Kultur durch die Ausbreitung des Islams“ werde sich die AfD nicht abfinden. „Wir wollen nicht in wenigen Jahrzehnten selbst zur Minderheit werden und unser freies und vielfältiges Europa an den Islam verlieren.“ Konkret fordert die Partei: „Minarette sind als islamische Herrschaftszeichen ebenso zu **verbieten** wie der Muezzin-Ruf, nach dem es außer Allah keinen anderen Gott gibt.“²⁹

Familienbild

Seit ihrer Gründung prägt ein äußerst konservatives Familienbild, an dem gesellschaftliche Veränderungen der letzten Jahrzehnte spurlos vorbeigegangen zu sein scheinen, die AfD. Neben einem neoliberal-nationalistischen und einem völkisch-nationalistischen Teil gehört das **christlich-fundamentalistische** Lager zu den drei Säulen der Partei.

Auch in ihrem Europawahlprogramm bekennt sich die AfD „zum **klassischen Leitbild der Familie**, in der Vater und Mutter in dauerhafter gemeinsamer Verantwortung für ihre Kinder sorgen“.³⁰ Die Familie sei die Keimzelle jeder Gesellschaft. „Andere Formen des Zusammenlebens als die Ehe zwischen Mann und Frau sind zu respektieren, damit [mit dieser] aber weder gleichzusetzen noch zu fördern.“ Die „Stigmatisierung traditioneller Geschlechterrollen“ lehne die AfD ab.

Befürwortet wird „eine explizit Geburten fördernde [sic] Familienpolitik“, wie sie unter anderem von Frankreich, Polen und Ungarn ansatzweise umgesetzt werde. Zuwanderung löse hingegen keines der in der demografischen Entwicklung wurzelnden Probleme Europas – sie verschärfe die Konkurrenz um Ressourcen und bedrohe den sozialen Frieden, ohne substantiell zur Wertschöpfung beizutragen.

Unter der Kapitelüberschrift „Bürger für **Demografierisiken** sensibilisieren“ heißt es zudem, die immer weniger werdenden jungen Menschen hätten es „schwerer, die reiche und vielfältige Kultur Europas zu bewahren und an künftige Generationen weiterzugeben“.³¹ Das Wertschöpfungspotential der europäischen Leistungsgesellschaften drohe durch den Mangel an von unserer Innovations- und Leistungskultur geprägten Nachkommen drastisch einzubrechen. „Zivilisationen, die ihre Bevölkerung verlieren, verschwinden eines Tages aus der Geschichte.“

Gender

Aus ihrem ultrakonservativen Familienbild leitet die AfD ihre Ablehnung einer aktiven **Gleichstellungspolitik** ab. Insbesondere jede Form von Gender-Mainstreaming wird zum Feindbild einer Partei, die in ihrer Mitgliedschaft, in ihren Fraktionen, aber auch in ihrer Wähler_innenschaft deutlich männerdominiert ist.

28 S. 51

29 S. 52

30 S. 65

31 S. 66

Gender-Mainstreaming bezeichnet die AfD in ihrem Programm als „Ideologie“.³² Sie entwerfe „die für den Bestand der Gesellschaft unverzichtbare Familie und verunsichere Kinder in ihrer sexuellen Identität“. Abgelehnt wird eine „einseitige, geschlechterspezifische Förderung“. Bei der Besetzung von Stellen müsse allein „die fachliche Qualifikation des Bewerbers“ entscheiden. Zu beenden sei die staatliche Förderung der „sogenannten Genderwissenschaft“: „Wir fordern auf europäischer Ebene eine Streichung der bisher für die Genderforschung vorgesehenen Forschungsmitteln.“³³

Neoliberalismus

Geprägt ist das Programm von Bekenntnissen zu einer neoliberalen Politik: Die AfD betont, die EU solle eine Außenwirtschaftspolitik betreiben, die sich an den Interessen der Mitgliedsstaaten ausrichte: „Dazu gehört vor allem, dass die EU sich weiterhin für den **Freihandel und offene Märkte** einsetzt.“³⁴ Freihandel erscheint ihr auch als „die wirksamste und unbürokratischste Form der Entwicklungshilfe“.³⁵ Bei der Vergabe von Entwicklungshilfe gelte das Prinzip, die Eigeninteressen der Geberländer zu wahren. „Die humanitäre Hilfe sollte Aufgabe der Kirchen und Wohltätigkeitsorganisationen sein.“³⁶

Im Inneren der EU plädiert die Partei für „nationale Reformen statt Umverteilung“.³⁷ Seit Jahrzehnten versuche die EU vergeblich, durch Umverteilung mittels milliardenschwerer Kohäsionsfonds gleichwertige Wirtschaftsbedingungen in den Mitgliedsstaaten herzustellen, moniert die AfD. „Dieses Ziel hat sich als unerreichbar herausgestellt.“ Sie fordert das Auslaufen der Kohäsionsfonds und die Verminderung der EU-Haushalte in gleichem Maße. „Strukturverbesserungen und Reformen müssen in nationaler Hoheit der Mitgliedsländer durchgeführt werden.“

Unter dem Titel „Wettbewerb statt Bürokratie“ beklagt die AfD, dass Erfinder, Ingenieure und Investoren, denen Deutschland das Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit verdankt habe, heute „u. a. durch bürokratische Auflagen“ vergrault würden. Die AfD fordere die **Reduzierung des bürokratischen Aufwands** und eine Überprüfung der EU-Vergaberichtlinie, der EU-Dienstleistungsrichtlinie, der Kreditvergabe-Richtlinie, der Ökodesign-Richtlinie und der Dokumentationspflichten insbesondere für Kleinunternehmer.

Für „nicht zuständig“ hält die AfD die EU auf dem Feld der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerbetrug.³⁸ Rechtswidrige Handlungsweisen müssten stattdessen mit Hilfe der OECD beendet werden. Eine „EU-getriebene **Harmonisierung von Unternehmenssteuern**“ lehnt die AfD sowohl bei der Bemessungsgrundlage wie auch bei den Steuersätzen ab.³⁹ Eine Finanztransaktionssteuer findet nur dann ihre Unterstützung, „wenn sie an allen Handelsplätzen, auch außerhalb der EU, eingeführt und nationalstaatlich vereinnahmt wird“.

32 S. 73f.

33 S. 66

34 S. 21

35 S. 20

36 S. 21

37 S. 25

38 S. 23

39 S. 24

Auch in der Energiepolitik soll privatwirtschaftliches Handeln ohne politische Vorgaben die Maxime sein: „Kohle-, Kern- und Gaskraftwerke sollen in Betrieb bleiben, solange deren Betreiber es unter marktwirtschaftlichen Bedingungen für sinnvoll halten.“⁴⁰

Soziale EU

Vor dem skizzierten neoliberalen Hintergrund erscheint es geradezu folgerichtig, dass die AfD eine europäische Sozialunion ablehnt. Im Programm heißt es: „Die sozialen Sicherungssysteme der verschiedenen EU-Länder sind höchst unterschiedlich geregelt. Gleiches gilt für die Arbeitsmärkte. Die sich daraus ergebende Vielfalt wollen wir im Sinne des Wettbewerbs der Systeme innerhalb der EU erhalten.“⁴¹ Erfolgreiche Länder seien Vorbild für die anderen. Keinesfalls dürfe es zu einer **Vereinheitlichung von Sozialsystemen** kommen, da dies eine weitere Senkung der Sozialstandards zur Folge haben werde. Ausdrücklich abgelehnt werden eine europäische Arbeitsagentur und eine europäische Arbeitslosenversicherung. Während die AfD zu Fragen wie **einem europäischen Mindestlohn oder Mitbestimmungsregelungen auf EU-Ebene** keine Aussagen trifft, heißt es zu den häufig diskutierten Kindergeldzahlungen für Kinder, die nicht in Deutschland leben, deren Höhe sei an die an die Verhältnisse des Herkunftslandes anzupassen.

Ausdrücklich verlangt die AfD eine „gesetzgeberische Klarstellung (...), dass die Gesundheitspolitik ausschließlich in den Zuständigkeitsbereich der nationalen Gesetzgebung fällt“.⁴²

Klima- und Umweltschutz

Anders als alle anderen deutschen Parteien streitet die AfD ab, dass der **Klimawandel** von Menschen verursacht ist und damit auch durch politisches Handeln begrenzt werden kann. Sogar im Vergleich zu anderen rechtspopulistischen Parteien in Europa vertritt sie dabei **besonders radikale Positionen**.⁴³

Die AfD verlangt die Rückverlagerung aller Zuständigkeiten der EU im Bereich des Umweltschutzes auf die nationale Ebene.⁴⁴

Bereits in der Programm-Präambel beklagt sie eine „grundsätzliche Fehlentwicklung (...) in der Klima- und Energiepolitik“, die „sich allein auf die Hypothese des menschengemachten [sic] Klimawandels stützt und in alle Bereiche der Gesellschaft wirkt“.⁴⁵ Die AfD wolle diese Politik beenden, denn sie verknappe „ohne jede Not den Zugang aller Menschen zu billiger Energie, die Voraussetzung jeden Wohlstands ist“.

40 S. 80

41 S. 56

42 S. 59

43 <https://www.belltower.news/afd-in-europa-fuehrend-in-klimawandel-leugnung-was-haben-rechtspopulisten-gegen-klimaschutz-81673/>

44 S. 43

45 S. 8

Im 13. Kapitel des Programms werden die Positionen der Partei zum Klimaschutz ausführlicher dargestellt. Das Klima in allen Klimazonen der Erde wandle sich naturgesetzlich, seitdem die Erde bestehe, heißt es dort. Ein konstantes Klima über längere Zeiträume gebe es nicht. „Wir bezweifeln aus guten Gründen, dass der Mensch den jüngsten Klimawandel, insbesondere die gegenwärtige Erwärmung, maßgeblich beeinflusst hat oder gar steuern könnte. Klimaschutzpolitik ist daher ein Irrweg.“⁴⁶

Die AfD lehne die **Pariser Klimavereinbarung** ab, die „eine Verschiebung von Geldmitteln der hochindustrialisierten Länder hin zu unterentwickelten Ländern vorsieht“. Außerdem lehne die AfD alle EU-Maßnahmen ab, „welche die Reduzierung von CO₂-Emissionen mit dem Schutz des Klimas begründen“. Die von der EU und der deutschen Bundesregierung angestrebte Dekarbonisierung werde „nicht nur zur Reduzierung der Wirtschaftskraft Deutschlands führen, sondern entwickelt sich zunehmend zu einer illegitimen gesellschaftlichen Wende hin zu einem ökologistischen Planungs- und Zwangsstaat mit gewollter Mangelwirtschaft“.

Atomenergie, Atompolitik

Die AfD plädiert für eine Renaissance der Atomkraft. Damit verfügt sie über ein Alleinstellungsmerkmal unter den relevanten Parteien in Deutschland. „Ein breiter **Energiemix aus Kohle, Mineralöl, Erdgas, Wasserkraft und Kernkraft** ist Voraussetzung zum Erreichen des Zieldreiecks einer versorgungssicheren, wirtschaftlichen und umweltverträglichen Energiepolitik“, heißt es im Wahlprogramm.⁴⁷ Der Einsatz fossiler Energieträger könne mittel- und langfristig vor allem durch die Weiternutzung der „emissionsfreien“ Kernkraft reduziert werden. Die Erzeugung von Strom durch Kernenergie gehöre heute zu den sichersten Technologien. „Kohle-, Kern- und Gaskraftwerke sollen in Betrieb bleiben, solange deren Betreiber es unter marktwirtschaftlichen Bedingungen für sinnvoll halten“, fordert die AfD.

Automobil, Verbrennungsmotor

Seit einiger Zeit versucht die AfD, in der öffentlichen Diskussion als *die* Fürsprecherin der Autofahrer_innen zu erscheinen, insbesondere der **Dieselfahrer_innen**. Zugleich will sie besondere Kompetenz in der Vertretung jener Arbeitnehmer_innen unter Beweis stellen, die in der Kfz-Industrie beschäftigt sind. In Stuttgart, der von der **Feinstaubdiskussion** am stärksten betroffenen Stadt, in der zugleich die Autobranche einen besonderen Schwerpunkt hat, führt sie sogar eigene Demonstrationen zum Thema durch. Auch im Europawahlprogramm finden sich dazu Aussagen.

Grundsätzlich erklärt die AfD, sie sehe „weiterhin die Zuständigkeit der EU für Fragen der Luftreinhaltung in den Mitgliedsstaaten für nicht sinnvoll an“.⁴⁸

Sie kritisiere, „dass die EU mit allen politischen Mitteln **Verbrennungsmotoren** z. B. über absurde Grenzwerte, Fahrverbote und drastischer Strafzahlungen abschafft und daher deutsche Automobilunternehmen ins Ausland

46 S. 79

47 S. 80

48 S. 43

treibt“.⁴⁹ Es bedeute das **Aus für die Automobilindustrie** in Deutschland, wenn die „willkürlich festgelegten Verbrauchswerte“ praktisch von der Golf-Klasse aufwärts nicht erreicht werden könnten. „Die Wertschöpfung der deutschen Automobilindustrie durch den Bau hochwertigerer Fahrzeuge geht verloren und damit auch der Industriezweig, der zu einem Großteil zum Wohlstand in Deutschland beiträgt.“⁵⁰

Die E-Mobilität bringe derzeit keine Vorteile beim CO₂-Ausstoß bzw. bei der Ressourcenschonung.⁵¹ Der Diesel sei auch hier das bessere Konzept. Für die politisch Verantwortlichen sei das Diesel-Verbot „nur der erste Schritt zu einem vollständigen Verbot von Verbrennungsmotoren“⁵². Ziel von EU und etablierten Parteien sei die Abschaffung des Individualverkehrs für die Masse der Bevölkerung. Die AfD stehe auf der Seite der Bürger, „die auf das Auto angewiesen sind oder die Freiheit des Individualverkehrs genießen“. Fahrverbote lehne man daher ab.

Kultur

Die AfD wirft der EU vor, ihre Kulturpolitik verfolge das Ziel, „nationale und regionale Traditionen einer künstlich geschaffenen europäischen Einheitskultur unterzuordnen und sie für diese zu instrumentalisieren“.⁵³ Die AfD setze sich demgegenüber „für den **Erhalt und die Pflege des deutschen und europäischen Kulturerbes** ein. Neben den Institutionen der Hochkultur, wie Theatern, Orchestern und Museen, haben wir auch das immaterielle Kulturerbe, wie etwa Minderheitensprachen, Brauchtum, Volkstänze, Feste und Vereinswesen, Handwerks- und Regionalkulturen im Auge“.⁵⁴ Die EU-Mitgliedsstaaten sollten „im Regelfall (...) für die Pflege und den Erhalt ihres Kulturerbes selbst verantwortlich sein“. EU-Mittel sollten nur für Notfälle bereitgestellt werden, um einen unwiederbringlichen Verlust von Kulturgut zu verhindern.

Der auswärtigen Kulturpolitik Deutschlands schreibt die AfD die Aufgabe zu, Goethe-Institute und zahlreiche regionale Kulturprojekte in aller Welt sollten „ein positives Bild Deutschlands“ vermitteln. Planungen der Bundesregierung zur Finanzierung afrikanischer Museen lehne man hingegen ebenso ab wie eine enge Zusammenarbeit mit dem französischen Institut Français.

Auch als Vertreterin eines „**freien**“ Internets versucht sich die AfD zu gerieren. Man trete „allen Versuchen entgegen, die Meinungsfreiheit, insbesondere im Internet, unter welchem Vorwand auch immer, außerhalb rechtmäßigen behördlichen Einschreitens zu begrenzen“.⁵⁵ **Upload-Filter** lehne man „ebenso kategorisch ab wie Überlegungen, eine Zensur sozialer Medien im staatlichen Auftrag nach dem Muster des deutschen **Netzwerkdurchsetzungsgesetzes** (NetzDG) auf EU-Ebene einzuführen“. Die AfD wende sich zudem gegen alle Bestrebungen, „unter dem Deckmantel der Bekämpfung von sog. Hassrede die freie Meinungsäußerung online und offline einzuschränken“. Vielfach geht es dabei nicht um Aufrufe zu Gewalt oder terroristische Äußerungen, sondern „schlicht um Zensur ungewollter Meinungsäußerung“.

49 S. 25

50 S. 84

51 S. 43

52 S. 44

53 S. 74

54 S. 75

55 S. 50

Dexit als „letzte Option“

Als „letzte Option“ droht die AfD mit einem „Dexit“. Im Programm heißt es: „Sollten sich unsere grundlegenden Reformansätze im bestehenden System der EU nicht in angemessener Zeit verwirklichen lassen, halten wir einen **Austritt Deutschlands oder eine geordnete Auflösung der Europäischen Union** und die Gründung einer neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft für notwendig (...).“⁵⁶

Im Programmentwurf war – konkreter formuliert – der Zeitraum definiert worden, in dem die AfD ihre „Reformen“ umsetzen will. Dort hatte es geheißen: „Sollten sich unsere grundlegenden Reformansätze im bestehenden System der EU nicht innerhalb einer Legislaturperiode verwirklichen lassen, halten wir einen Austritt Deutschlands oder eine geordnete Auflösung der Europäischen Union und die Gründung einer neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft für notwendig.“⁵⁷ In einer Befragung der Mitglieder hatten 89,3 Prozent der Antwortenden für diese Formulierung votiert; nur 6,6 Prozent waren dagegen.

Die Parteitage delegierten folgten mit der unverbindlicheren Formulierung aber letztlich einem Wunsch von Bundessprecher Jörg Meuthen, der bei der Europawahl als Spitzenkandidat antritt.⁵⁸ „Man kann nicht einfach sagen, dass wir aussteigen, wenn wir uns nicht binnen fünf Jahren durchgesetzt haben“, hatte der AfD-Chef in einem Interview erklärt.⁵⁹ „Als Pragmatiker müssen wir davon ausgehen, dass wir selbstverständlich nicht binnen fünf Jahren alle unsere europapolitischen Forderungen werden durchsetzen können.“ Die Formulierung im Programmentwurf könne er nur sehr schwer vertreten.

Im beginnenden Wahlkampf ist es insbesondere die Drohung mit einem möglichen Dexit, die der AfD Probleme bereitet. Angesichts der chaotischen Zustände, die der **britische Brexit** verursacht, schreckt eine solche Forderung potenzielle Wähler_innen ab – auch wenn sie in der Mitgliedschaft sehr breite Unterstützung genießt.

56 S. 12

57 <https://www.bnr.de/artikel/hintergrund/afd-antieurop-isches-abbruchunternehmen>

58 <https://www.bnr.de/artikel/hintergrund/jubel-f-r-fl-gel-kandidaten>

59 <https://www.welt.de/politik/deutschland/article186545888/AfD-Plan-fuer-Deutschlands-EU-Austritt-Fuer-Meuthen-zu-rigoros.html>